

Der Stadtverband DIE LINKE.Koblenz gratuliert den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger zur Wiederwahl auf dem Parteitag am vergangenen Wochenende. Auch den auf dem Leipziger Parteitag mit großer Mehrheit angenommenen Leitantrag zur Flüchtlingspolitik, der offene Grenzen für geflüchtete Menschen fordert, begrüßen wir. Mit diesem Antrag stimmten die Delegierten für den Kurs der Parteispitze um Kipping und Riexinger, was wir sehr befürworten.

Obergrenzen oder die Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen, wie sie in den letzten Monaten leider aus einigen Ecken unserer Partei gefordert wurden, lehnen wir Koblenzer Linken vehement ab.

Mit dem Beschluss steht somit fest, dass DIE LINKE auch weiterhin die im Bundestag vertretene Partei sein wird, die für die konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen, für einen sofortigen Stopp der Abschiebungen, für ein Bleiberecht für alle, für die Sicherung von Fluchtwegen und für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft steht.

Vorhaben wie die Unterbringung in Sammellagern, die Residenzpflicht, Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz, die unter anderem der Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) umsetzen will, lehnen wir ausnahmslos ab.

Wir stimmen der Parteivorsitzenden Katja Kipping zu, dass eine „soziale Offensive“ nötig ist, um gesellschaftliche Kämpfe, z.B. um Wohnraum oder Arbeitsplätze, zu unterbinden. Es ist vielmehr eine Politik gefordert, die den sozialen Wohnungsbau stärkt, um genügend erschwinglichen Wohnraum für ALLE zu schaffen. Auch die Verringerung der wöchentlichen Vollarbeitszeit auf 30 Stunden ist notwendig, um die Arbeiter*innen zu entlasten, um Familienzeit, aber auch neue Arbeitsstellen zu schaffen. Das werden zwei der großen Aufgaben der nächsten Monate und Jahre sein.

Daher sind wir froh, dass Sahra Wagenknecht und die spaltenden Kräfte mit ihren nationalistischen, weltverschlossenen Aussagen nicht punkten konnte und hoffen, dass der auf dem Parteitag gefasste Beschluss nicht wie zuvor öffentlich infrage gestellt wird.

Den Rechtsruck in unserer Gesellschaft dürfen wir nicht unterschätzen, aber wir werden den Zug nach rechts nicht aufhalten, wenn wir uns in ebendiese Richtung bewegen, nur eine konsequente linke und internationalistische Politik, die sich das Ziel setzt, das Leben ALLER zum Besseren zu gestalten, wird die Gesellschaft wieder nach links rücken.